

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHEZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Absurde Foltervorwürfe gegen die Schweiz von Therese Schläpfer

Seite 2

Kanton Zürich

PUK zur Datenaffäre dank bürgerlicher Mehrheit von Romaine Rogenmoser

Seite 3

Aktuell

Ist Jacqueline Fehr bald weg? von Lorenz Habicher

Seite 4–5

Parlamentsgemeinden

Biometrische Gesichtserkennung muss Ausnahme sein von Christian Hartmann

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Feierabend-Bier mit Gregor Rutz in Seen

Seite 8

BEVÖLKERUNGSEXPLSION

Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!

Die SVP Schweiz hat letztes Wochenende den Startschuss für die Nachhaltigkeitsinitiative gegeben. Die Zürcher SVP, deren Kanton von der Zuwanderung besonders betroffen ist, übernimmt dabei die organisatorische Leitung.



Die Zuwanderung in die Schweiz hat das vernünftige Mass längst überschritten.

Das dringendste, grösste und brennendste Problem der gegenwärtigen Schweizer Politik ist die Bevölkerungsentwicklung, die jedes vernünftige Mass sprengt. Wir leiden erstens unter der enormen Zuwanderung aus der EU als Folge der Personenfreizügigkeit. Hinzu kommt zweitens die Einwanderung aus Drittstaaten sowie drittens die explodierenden Asylzahlen, vor allem aus Afrika und dem Mittleren Osten. Den vierten Wachstumstreiber der Bevölkerung bildet der Familiennachzug infolge der zuvor genannten drei Zuwanderungsarten.

Durch diese eigentliche Bevölkerungsexplosion droht demnächst die 10-Millionen-Schweiz. Nach dem Zustrom von netto über 180 000 neuen Menschen in einem einzigen Jahr (2022) – was der

Bevölkerung der Stadt Basel entspricht – muss jetzt endlich gehandelt werden. Da die Politiker in Bern nichts unternehmen und auch die Kantone keinen Druck auf den Bund machen, muss die Bevölkerung handeln. Unzählige Schreiben und Bitten von Bürgerinnen und Bürgern innerhalb und ausserhalb der SVP haben unsere Partei aufgefordert, endlich etwas Konkretes zu unternehmen.

Unterstützung aller Kantonalparteien

Ende März haben die Delegierten der SVP des Kantons Zürich einstimmig beschlossen, bei der Lancierung einer «Nachhaltigkeits-Initiative» den Lead zu übernehmen. Der Text war damals bereits formuliert und befand sich zur

Vorprüfung in der Bundeskanzlei. Die SVP hat dank ihrem Jahrzehntelangen Kampf gegen die Masseneinwanderung und gegen den Asylmissbrauch gerade bei diesem Thema eine hohe Glaubwürdigkeit.

Am letzten Wochenende hat die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz wiederum einstimmig entschieden, die Volksinitiative mit dem Titel «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» zu lancieren, wobei der SVP des Kantons Zürich die organisatorische Leitung übertragen wurde. Die Kantonalparteien aller Kantone haben ihre volle Unterstützung zugesagt, ebenso die Jungs SVP Schweiz.

Fast jedes Problem, an dem wir in unserem Land leiden, hat mit dem massiven, ungeregelten Bevölkerungswachs-

tum zu tun. Dies betrifft grosse Kantone mit städtischen Agglomerationen stärker, doch leiden durchaus auch die kleineren, ländlichen Kantone am gewaltigen Bevölkerungsdruck. Die Auswirkungen bestehen in der Zubetonierung unserer Grünflächen, im drohenden Strommangel, der Wohnungsnot und unbelzahlbarem Wohnraum, wobei die Medien den wahren Grund – die explodierende Nachfrage aufgrund der Zuwanderung – fast immer verschweigen. Vier von fünf Wohnungen mussten in den letzten zwanzig Jahren wegen des Bevölkerungswachstums gebaut werden. Der Pro-Kopf-Wohlstand (gemessen am BIP pro Kopf) der Schweiz stagniert, das Pro-Kopf-Produktivitätswachstum geht zurück.

Druck auf die Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist gezwungen, auf immer weniger Fläche immer mehr Nahrung für immer mehr Menschen zu produzieren. Unsere Eigenversorgung ist immer mehr gefährdet. Der angebliche Fachkräftemangel ist ein endloser, ausufernder Teufelskreis, denn die Zuwanderer brauchen wiederum Fachkräfte im Spital, in der Schule, in der Verwaltung, im Bauwesen, bei den Dienstleistungen, in der Gastronomie usw.

Die Staustunden auf den Strassen haben sich seit 2007 mehr als verdreifacht. Die Spitäler sind überfordert, obwohl keine Corona-Pandemie mehr herrscht. In vielen Schulklassen sitzen oft nur noch zwei oder drei Kinder ohne Migrationshintergrund. Wer integriert da wen?

Die Sozialkosten wie die Invaliden- oder die Arbeitslosenversicherung werden durch die Zuwanderer viel stärker belastet als durch die Schweizer. Und die Kriminalität im Bereich schwerer

Straftaten wird zur grossen Mehrheit von Zuwanderern verursacht. Es gibt Bezirksgefängnisse, deren Insassen meist zu über 80 Prozent aus Ausländern bestehen. Die Kosten des Strafvollzugs sind gewaltig.

Keine 10 Millionen bis 2050

So fällt unsere Schweiz auseinander! Wir leben heute schon in einer 9-Millionen-Schweiz und wollen keinesfalls eine 10-Millionen-Schweiz. Denn die gegenwärtige Bevölkerungspolitik ist das Gegenteil von nachhaltig. Die Eckpunkte unserer Eidgenössischen Volksinitiative – wir nennen sie «Nachhaltigkeits-Initiative» – sehen so aus: Sobald die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreitet, muss der Bundesrat Massnahmen treffen, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug. Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf 10 Millionen bis 2050 keinesfalls überschreiten. Ansonsten muss der Bundesrat die bevölkerungswachstumstreibenden internationalen Verträge kündigen – inklusive eines allfällig abgeschlossenen UNO-Migrationspakts und des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU.

Nur eine zahlenmässig begrenzte Schweiz führt zu qualitativem Wachstum und ist nachhaltig. Die schöne Schweiz mit ihrer hohen Lebensqualität hat es nicht verdient, zu einem zweiten Hongkong zu werden. Unterschreiben Sie darum noch heute die Nachhaltigkeits-Initiative!



Thomas Matter
Nationalrat SVP
Meilen

romainerogenmoser.ch

ROMAINE – ERFISCHEND ANDERS

KEINE HEISSE LUFT GARANTIERT

+

SCHWEIZER QUALITÄT

SVP
Die Partei des Mittelstandes

Am 22. Oktober in den Nationalrat

Jetzt unserem WhatsApp-Chat beitreten und nichts mehr in Bezug auf die Wahlen verpassen!

Infokanal SVP Kt. ZH SR/NR-Wahlen 23

WhatsApp-Gruppe

Scanne diesen QR-Code mit der Kamera in WhatsApp oder Lade ihn hoch, um dieser Gruppe beizutreten.

Polit-Apéro in Wetzikon

René Schweizer
Nationalratskandidat, ZH
Unternehmer

Therese Schläpfer
Nationalrätin, ZH
a. Gemeindepräsidentin

Benjamin Fischer
Nationalrat, ZH

Aktuelles aus dem Nationalrat und Ausblick auf die Wahlen am 13. Juli 2023 ab 19:30

Ort: Rest. Krone Wetzikon; Bahnhofstrasse 163, Wetzikon

Ein Anlass der SVP



Christoph
Mörgeli

Lauter Nazis im Wägital

Die Gemeinden Innerthal und Vorderthal liegen im Wägital, daneben die Gemeinden Unteriberg, Oberiberg und Alpthal. Sie alle bereichern den schönen Kanton Schwyz, Namensgeber unseres schönen Landes. Doch handle es sich laut «Blick» um das «Zentrum einer der konservativsten Ecken der Schweiz». Nun sind «Zentrum» und «Ecke» nicht unbedingt deckungsgleich, sondern ein Gegen-satzpaar. Aber diese Sprachverwirrung ist längst nicht die schlimmste im Artikel von «Blick»-Journalist Tobias Ochsenbein.

Er schreibt nämlich folgenden Satz: «Andere Leute, die diese Ortschaften gut kennen, sagen hingegen: «Das Wägital ist politisch dunkelbraun.» Ochsenbein brandmarkt die Bevölkerung einer ganzen Talschaft im Herzen der Innerschweiz als nationalsozialistisch. Namentlich will für eine solche Ungeheuerlichkeit selbstverständlich niemand hinstehen. Vielleicht, weil es solche «Leute» gar nicht gibt. Der mediale Schmutzwerfer Tobias Ochsenbein hat sie mutmasslich frei erfunden.

So geht heute Journalismus. Das Wägital sei nicht bloss «ein konservatives Tal», sondern «politisch dunkelbraun». Ein Refugium von Nazis, wo laut «Blick» die «Menschen ihr rechtsradikales Gedankengut ungestraft ausleben» könnten. Weil sie sich der «Corona-Politik von Bund und Kantonen» sowie «der Maskenpflicht» widersetzt hätten. Wenn sich im Wägital noch Spurenelemente von Freiheitssinn und Selbstverantwortung erhalten haben, sieht Journalist Ochsenbein nichts als Stechschritt, Nürnberger Parteitage und Gaskammern.

«Bauern haben ihre eigenen Gesetze», pöbelt er im «Blick» weiter. Und beschimpft auch die Vertreter unseres Nährstandes. Dies also ist das real existierende Urteilsvermögen des Ringier-Pressehauses im urbanen Zürich über eine ländliche Gegend, die seit je für direkte Demokratie und – Gott sei Dank – obrigkeitkritisches Denken steht. Liest im «Blick» eigentlich irgendjemand Ochsenbeins Texte durch? Wo stecken Politik-Chefin Sermîn Faki oder Chefredaktorin Stefifi Buchli? Soviel ist sicher: Wer im Wägital eine Nazi-Mentalität sucht, sollte sich am meisten vor ihr hüten.

MIGRATIONSLobby

Folter in der Schweiz?

Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter klagt die Schweiz unsachgemäß der Folter an und ignoriert die Hintergründe der Ausschaffungen. Sie sind nur das letzte Kapitel eines langen Asylprozesses. Die Auszuschaffenden haben missbräuchlich die Hilfe der Schweiz beansprucht und sich zuletzt dem Entscheid widersetzt.



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Gemäss der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) besteht offenbar eine Gefahr von Folter in unserem hoch zivilisierten Land. Stimmt das? Gemäss ihrer Homepage ist die NKVF eine behördenuabhängige nationale Kommission mit gesetzlichem Auftrag, welche im Rahmen von regelmässigen Kontrollbesuchen die Menschen- und Grundrechtskonformität freiheitsbeschränkender Massnahmen in Einrichtungen des Freiheitsentzugs überprüft und sicherstellt, dass die Grundrechte der betroffenen Personen gewahrt werden. Die Kommission prüft also, ob den Häftlingen in den Strafanstalten die Grundrechte nicht zu stark beschnitten werden. Man traut diese Kontrolle den Gefangnisdirektoren und ihren Mitarbeitern nicht zu.

Antifolterkommission unter Rechtfertigungsdruck

Meiner Ansicht nach gibt es in der Schweiz keine staatliche Folter. Denn diese hat – gemäss Wikipedia – den Zweck, durch gezieltes Zufügen von Leid, Aussagen zu erpressen, einzuschüchtern oder zu bestrafen. Dies ist weder in unseren Gefängnissen noch bei Ausschaffungsflügen das Ziel und schon gar nicht sind solche Machenschaften in unserer Gesellschaft verankert. Es geht bei allen Massnahmen um die Durchsetzung unserer Gesetze,

welche von uns allen abgesegnet wurden. Diese «Antifolterkommission» muss ihre Existenzberechtigung immer wieder verteidigen. Also sucht man für den Jahresbericht Fälle, welche angeprangert werden können. Noch lustiger ist die «Unabhängigkeit», welche uns vorgegaukelt wird. Denn diese Organisation ist komplett finanziert von uns Steuerzahldern, und zwar nicht zu knapp.

NKVF ignoriert Hintergründe der Ausschaffungen

Renitente Auszuschaffende werden von bezahlten Polizisten, Ärzten und Beobachtern begleitet. Selten können sie auf Linienflügen in ihre Herkunftsländer gebracht werden. Kürzlich wurde von einem Abgewiesenen berichtet, welcher einzeln in einem Flugzeug zurückgeschafft wurde. Die leeren Plätze hätten wahrscheinlich mühelos mit weiteren Auszuschaffenden besetzt werden können. Es handelt sich hier aber nicht um Menschen mit der gleichen Mentalität und Werten, wie wir sie kennen. Sie setzen auf die Karte, dass mit möglichst grossem Widerstand der Wille des Gesetzgebers gebrochen werden kann. Da lauern Gefahren. Jedem Asylbewerber steht in unserem grosszügigen Rechtsstaat für das Verfahren ein vom Steuerzahler finanziert Anwalt zu. Kommt die Behörde nach eingehenden Abklärungen zum Schluss, dass der Asylsuchende weder politisch verfolgt noch an Leib und Leben bedroht ist, lehnt sie das Gesuch ab. Sie bekommen den Bericht der Entscheidung und müssen zurückkehren. Wenige folgen der Aufforderung. Einige tauchen unter, andere weigern sich, zurückzukehren. Was tun? Das Gesetz

muss befolgt werden, eine Zwangsausweisung steht an.

Für die Polizei ein unschönes Unterfangen. Die Rundschau zeigte kürzlich eine versteckt gefilmte Aktion einer auszuschaffenden Familie. Die NKVF prangert in ihren Berichten solches Vorgehen von Fesselung an. Die Gründer werden verschwiegen. Eltern drohen bei einem Vollzug der Rückschaffung nicht selten, ihre Kinder zu verletzen. Stellen Sie sich das vor, sie wollen die eigenen Kinder verletzen. Eine unglaublich niederträchtige Drohung. Für mich nicht nachvollziehbar. Um sie vor einer Selbstverletzung zu schützen, werden sie manchmal von der Polizei mit Helmen ausgestattet, es handelt sich um Schutzhelme mit Spuckschutz.

Nur die wenigsten gehen zurück

Mit einem von Steuergeldern finanzierten Anwalt an ihrer Seite durchliefen sie den Asylprozess. Sie hatten Ein sprachemöglichkeiten und bekamen jahrelang den ganzen Lebensunterhalt finanziert, inklusive ärztlicher, zahnärztlicher und psychischer Betreuung, mussten keine Versicherungen berappen und konnten sorglos so viele Kinder bekommen, wie sie möchten. Bis der ganze Traum vom unbeschwert Leben in der schönen Schweiz mit einem abgelehnten Asylgesuch sein jähes Ende findet und sie den Bescheid bekommen, dass kein Beweis vorliegt, dass sie in ihrer Heimat an Leib und Leben gefährdet seien und sie zurückkehren müssen.

Offenbar sind die Erwartungen eines dauerhaften Aufenthalts in der Schweiz sehr hoch. Das kommt davon, dass nur



Folterland Schweiz? Die Migrationslobby werden immer absurd.

Bild: Pixabay

wenige zurückmüssen. In den letzten 20 Jahren haben von den über 100 000 abgewiesenen Asylbewerbern 77 000 den Status «Vorläufig aufgenommen» bekommen, 5000 haben eine Niederlassungsbewilligung C, also eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung und über 7000 (siebentausend!) dieser Abgewiesenen wurden bereits eingebürgert. Man erhält in der Schweiz also dank eines illegalen Aufenthaltes den Pass – und danach gleich die Sozialhilfe.

Die Kommission, welche sich um renitente oder straffällige Auszuschaffende kümmert, ist, wie auf der Homepage des Bundes deklariert, offenbar behördunabhängig, höchstwahrscheinlich aber nicht parteiunabhängig.

AUSSENPOLITIK

Prigoschins Marsch – ein Krimineller demaskiert ein Machtgefüge

Eine Woche nach dem Prigoschin-Aufstand sind die Details noch im Unklaren. Die abgebrochene Rebellion zeigt dennoch Wirkung. Die Macht des russischen Potentaten Putin und sein Rechtfertigungsargument für den Krieg gegen die Ukraine sind erschüttert.



Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Man stelle sich vor Jewgeni Prigoschin hielt sich für Napoleon: Als dieser aus Elba kam und in der Provence landete, nahm man den, der vor Moskau kehrt machen musste, noch nicht ernst; als er mit dem Marsch auf Paris begann, gewann er zunehmend an Respekt und Zulauf. Schliesslich marschierte er unter der Begeisterung der Bevölkerung in Paris ein und zog die ganze Macht an sich. Bis er in Waterloo verlor und endgültig ins Exil auf die karge Insel Sankt Helena geschickt wurde.

Ausgebliebener Dominoeffekt

So könnte auch Prigoschin geglaubt haben, er werde von anderen Kräften unterstützt: von Truppen, die seinen erklärten Feinden, dem Verteidigungsminister Sergei Schoigu und dem Armeechef Waleri Gerassimow, ebenfalls ablehnend gegenüberstanden; vielleicht auch aus anderen Zirkeln der Macht. So könnte er mit einem Zulauf und Unterstützung gerechnet haben auf dem Weg nach Moskau. Als er 200 Kilometer vor dem Kreml stand, musste er erkennen, dass dem nicht so war. Seine Truppe war zu klein, als dass der Stoß ins Zentrum der Macht hätte erfolgreich sein können: Moskau war nicht Rostow. Da muss ihm, isoliert wie er wohl war, klar geworden sein, dass sein

Unterfangen zu einem hoffnungslosen «Höllenfahrtskommando» werden müsste.

Es folgte die Umkehr mit Argumenten, die nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmten. Die deklarierte Strategie war nicht die wirkliche Strategie. Was ihm blieb, war, aus dem Fundus der Standard-Angebote die beste Option zu wählen: «Rückzug unter Mitnahme aller Waffen» mit der Zusicherung der Straffreiheit für ihn selber und für seine Truppen.

Narrativ und Wahrheit

Was inzwischen an Verlautbarungen zu vernehmen ist, dürfte sich auf dem Ramschniveau von Rechtfertigungen und Beschönigungen bewegen, steht das aktuelle Wordung doch in Gegen- satz zu den ursprünglichen Verlautbarungen. Diese sind dank ihrer Spontaneität in der Krisenphase schon eher zum Nennwert zu nehmen. So beschimpfte Putin sowohl Prigoschin als auch die Wagner-Söldner als Verräter, um ihnen gleich ein Angebot zur Eingliederung in die russische Armee zu machen, und Prigoschin wurde amnestiert. Ob er sich seines Lebens sicher fühlen kann, steht auf einem anderen Blatt. Für einmal dürfte der Wagner-Chef in der Hitze des Gefechtes wohl Recht gehabt haben, als er, entgegen dem russischen Narrativ, sagte, die Nato und die Ukraine hätten nie einen Angriff auf Russland geplant und der Krieg sei bei den Herrschern im Kreml vielfach machtpolitisch motiviert.

Dennoch ist und bleibt Prigoschin ein gewalttätiger Krimineller, der einfach einem vom Strafgerichtshof zur

Verhaftung ausgeschriebenen mutmasslichen Kriegsverbrecher die Stirn geboten hat. So wäre es bei einem Weiterzug des Marsches schlicht zu einem satanischen Finale gekommen. Auch bleibt die Erkenntnis, dass Söldner nie eine Stabilität zuzutrauen ist, von Werten ganz zu schweigen. Diese hängen die Fahnen nach der Bezahlung und sind von Grund auf unzuverlässig, korrupt und oft gewalttätig.

Schlag gegen die Staatspropaganda

Selbst wenn es zu einem Putsch gekommen wäre – wie er in Szenarien in den strategischen Studien seit einem Jahr einbezogen wird – so hätte das keine gute Wendung sein müssen, weil die gewalttätige kriminelle Energie im Kreml geblieben wäre. Auch nach einem Putsch kann es noch schlimmer kommen, insbesondere dann, wenn dieser radikale Nationalisten ins Zentrum der Macht befördert würde.

So gesehen ist die abgebrochene Meuterei mit der Vermittlung des Handlangers von Putin, Alexander Lukaschenko (welche Demaskierung des Putin-Regimes!), vielleicht das beste Szenario: Immerhin wurde das antiwestliche Narrativ des Kremls und damit die Staatspropaganda infrage gestellt; wie lange dieser in Umlauf gebrachte Zweifel im Hintergrund nun Bestand hat, wird sich weisen müssen; zumindest ist nun die Deutungshoheit von Putin und seiner Propagandamaschinerie geschwächt. Umgekehrt hätte eine militärische Niederschlagung der Rebellion den Herrscher im Kreml gestärkt. Die Wirkung ist natürlich noch offen. Es ist sogar denkbar,

dass Wagner-Truppen in Weißrussland für einen Sturm auf Kiew vorbereitet werden – ebenso wie jene Perspektive, dass der Vertrauensverlust in Moskau zu einem Umdenken führt bei jenen, die noch bei Sinnen sind.

Divergierende Einschätzungen

Auch hierzulande gehen die Einschätzungen auseinander: Während Marcus Keupp, Militärökonom an der Militärakademie, immer wieder prognostiziert, dass Moskau in absehbarer Frist die Mittel ausgehen, was bislang nicht geschehen ist, gibt es auch andere Einschätzungen. Der Osteuropa-Professor Jeronim Perovic, der an der Universität Zürich lehrt, teilt seit Beginn der Invasion immer wieder Einschätzungen, die im Westen entweder zu Ernüchterung oder gar zu Pessimismus führen können.

Eine verständnisvoll-permissive Haltung im Westen, die zu Defätsismus führt, kann zur Gefahr werden für Freiheit, Demokratie und Souveränität, wenn sie vor Machtgebäuden kuscht.



Da waren sie noch Freunde. Wladimir Putin und Jewgeni Prigoschin bei der Besichtigung einer Nahrungsmittelfabrik 2010.

Bild: Wikipedia

AUS DEM KANTONSRAT

Kontroverses und Unkontroverses

Die Sitzung im Kantonsrat am Montag wurde von der Datenaffäre in der Justizdirektion überschattet. Die Bürgerlichen setzten sich schliesslich durch und die PUK fand eine Mehrheit.



René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Zu Beginn der Morgensitzung stand die Änderung der Gemeindeordnung auf der Traktandenliste. Eine von den Gemeinden häufig gewählte Rechtsform zum Erledigen von gemeinsamen Aufgaben ist bekanntlich der Zweckverband. Im Zusammenhang mit der Rechtsformumwandlung eines Zweckverbands setzte sich das Verwaltungsgericht mit Urteil VB.2021.00507 vom 11. November 2021 mit der Frage auseinander, welches Organ bei Urnenabstimmungen über die Auflösung und Rechtsformumwandlung des Zweckverbands Antrag an die Stimmberichtigten stellt. Dieses Urteil hatte bekanntlich in der Praxis zu einem Bedürfnis nach Klarstellung geführt. Aus diesem Grund wurde die Gemeindeverordnung mit einer neuen Bestimmung (§ 4a VGG) ergänzt, die eine Regelung zum Antragsrecht in Zweckverbänden enthält. Der GPV und weitere äusserten sich



Romaine Rogenmoser
SVP Bülach

Romaine Rogenmoser erklärt im Kantonsrat, warum die PUK notwendig ist.
Bild: Kantonsrat Zürich

WORTE DES 1. VIZEPRÄSIDENTEN DES KANTONSRATES ZÜRICH

Falscher Zwang zu weniger Arbeit

Ausserordentliche Sessionen im Parlament scheinen zur Regel zu werden. Ob das lediglich dem Wahljahr geschuldet ist? Unter dem Stichwort «Gleichstellung» reichte die SP in beiden Kammern eine Motion ein, die für eine Reduktion der Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche oder eine Viertagewoche plädiert – selbstverständlich zum vollen Lohn, selbstverständlich hohe Löhne ausgenommen. Die allgemeine Senkung der Erwerbsarbeit soll für eine bessere Verteilung der bezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen sorgen, Frauen mehr Karrierechancen ermöglichen, den Stress reduzieren und so die Gesundheit der Erwerbstätigen fördern, lauten unter anderem die Begründungen.

Fragwürdige «Beweise»

Auf den ersten Blick rennt die SP offene Türen ein. Schliesslich hat eine Umfrage des Instituts Sotomo im Februar ergeben, dass zwei Drittel der 2000 Befragten «sehr» oder «eher» für eine Viertagewoche sind. Diese und andere Umfragen werden von der SP als Beispiel angeführt, dass «die Vorurteile gegenüber einer Senkung der Arbeitszeit falsch sind». Nur: Die zentrale Frage der Kosten wurde von Sotomo nicht gestellt. Zudem ist nirgends schlüssig bewiesen, dass eine Reduktion der Arbeitszeit – oder mehr Ferien – langfristig tatsächlich zu weniger Stress oder zu einer besseren Gesundheit führen. Eine Vertreterin der

dahingehend, dass nicht nur die Gemeindevorstände oder die Gemeindeparlamente ihre Abstimmungsempfehlung abgeben, sondern dass die Gemeinden in jedem Fall und nicht nur bei «grundlegenden Änderungen der Rechtsgrundlage» das Recht haben sollten, ihre Abstimmungsempfehlung an die Stimmberichtigten zu richten. Die genannten Anregungen seitens der SVP wurden schliesslich in die geänderte Gemeindeordnung aufgenommen, womit auch der GPV die Anpassung unterstützte. Das Geschäft ging deshalb geräuschlos über die Bühne.

PUK zum Datenskandal sorgt für Unruhe

Nach dem ersten Geschäft war es dann aber fertig mit dem Burgfrieden. Das anstehende Geschäft – bezüglich Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zum Datensicherheitsvorfall in der Justizdirektion – bürgte bereits ab dem Eintretensvotum des GPK-Präsidenten für reichlich Sprengstoff. Sehr rasch zeichnete sich ab, dass die linksgrüne Ratsseite alles daran setzt, diese PUK zu verhindern. In einem engagierten Votum erläuterte die Referentin der SVP, Romaine Rogenmoser, glasklar, weshalb gerade hier eine PUK vonnöten sei. Da persönliche Daten von Mitarbeitern betroffen gewesen seien, gehe es hier auch um Persönlichkeitsschutz. Auch sei es bis heute noch nicht klar, welche Direktionen betroffen und welche Art von Daten in Umlauf gekommen bzw. immer noch im Umlauf seien. Weiter sei es immer noch unklar, weshalb 2019 weitere Daten vernichtet worden seien, die bei der Aufarbeitung hätten hilfreich sein können. Auch die politische Führung müsse nun zwingend Rechenschaft ablegen, weshalb sie zu keinem Zeitpunkt informiert und nie einen Handlungsbedarf gesehen habe. Auch eine fundierte, politische Aufarbeitung sei nun absolut notwendig. Nach hefti-

gen Gefechten zwischen den Befürwortern und Gegnern einer PUK wurde schliesslich der Antrag auf eine PUK klar angenommen.

Weniger kontroverse Geschäfte

Beim Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Gebäudeversicherung des Kanton Zürich für das Jahr 2022 hatten sich dann die Wogen wieder geplättet und es konnte eine normale Diskussion geführt werden. André Bender, Präsident der AWU, erläuterte sachlich, dass das Jahresergebnis (oder Unternehmensergebnis) sich auf einen Verlust von 51,1 Mio. Franken belaute. Es setzte sich aus der Betriebsrechnung und dem Verlust der Kapitalanlagen von 64,4 Mio. Franken (Vorjahr: Gewinn von 163,5 Mio.) zusammen. Thomas Lampricht (EDU) meinte dazu, dass das negative Ergebnis auf den Verwerfungen auf den Finanzmärkten basiere und dem damit einhergehenden schwachen Anlageergebnis. Ausgleichend habe sich im 2022 der moderate Schadenaufwand ausgewirkt, um den Verlust der Finanzanlagen zu reduzieren. Im Vorjahr 2021 sei es genau umgekehrt gewesen. Ein hoher Schadenaufwand habe dank guter Finanzanlagen ausgeglichen werden können.

Abschliessend stand das nicht sehr strittige Verwaltungsrechtspflege-G - setz – Änderung Elektronische Verfahrenshandlungen – auf der Traktandenliste. Stefan Schmid meinte dazu, dass ein medienbruchfreier Ablauf und dessen Handling sowohl den Institutionen wie auch dem Bürger einen Mehrwert bringen werde. Ein Mehrwert sei es aber vor allem, dass Menschen mit Beeinträchtigungen bei elektronischen Verfahrenshandlungen gleichberechtigten Zugang zu sämtlichen Dokumenten und Informationen haben werden. Die SVP-Fraktion unterstützte schliesslich die Gesamtvorlage und lehnte sämtliche Minderheitsanträge der SP und der Grünen ab.

werden? Das Naheliegendste wäre es, bei den Löhnen zu kürzen, was ich jedoch strikt ablehne, da ich für eine faire Bezahlung einstehe. Oder soll ich etwa nur noch Junge einstellen, was ich ebenfalls ablehne, weil es zutiefst unsozial ist. Ich setze mich in der Politik für die Über-50-Jährigen und für die Verbesserung ihrer Chancen im Schweizer Arbeitsmarkt ein. Bei jeder Einstellung in meinen Firmen versuche ich auch immer, ältere Bewerber zu berücksichtigen, und habe damit nur gute Erfahrungen gemacht. Sie leisten wertvolle, gute Arbeit, sind zuverlässig und bereit, sich in ihren verbleibenden Berufsjahren voll und ganz für die Unternehmung einzusetzen, – nicht wie jüngere Mitarbeitende, die von einer Stelle zur anderen hüpfen. Jeder, der sich die Freiheit nimmt, freiwillig nur Teilzeit zu arbeiten, sollte auch selbst die Folgen tragen. Alles andere schadet unserem Sozialsystem, unserem Wohlstand und schlussendlich der Gesellschaft. Es darf nicht sein, dass die Allgemeinheit für eine persönlich getroffene Wahl einer Lebensweise bezahlt.

Flexible Arbeitsmarktpolitik gefährdet

Der Bundesrat gab in einer ablehnenden Antwort auf die Motiven ausserdem zu bedenken, dass mit einer forcierten Reduktion der Arbeitszeit zentrale Elemente einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik, wie wir sie in der Schweiz haben – zu nennen seien hier in erster Linie die flexiblen Verhandlungslösungen zwischen den Betrieben und ihren Mitarbeitenden – infrage gestellt würden. Genau aus diesen und ähnlichen Gründen lehnte es der Sotomo 2012 zum Erstaunen des Auslands im Verhältnis zwei zu eins ab, sechs Wochen Urlaub für alle einzuführen. Als Unternehmer mache ich mir Gedanken, wie es möglich sein soll, 80% bei vollem Lohnausgleich zu realisieren? Wie sollen die fehlenden 20% erwirtschaftet resp. aus unternehmerischer Sicht kompensiert



von
Jürg Sulser

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

PUK zur Datenaffäre – Bürgerliche möchten aufklären, Linksgrün möchte verschleiern



Romaine Rogenmoser
Kantonsrätin SVP
Bülach

schon eine Weile her ist. Denn Frau Fehr hat – wenn auch spät – von diesem Datenleck gewusst und war offensichtlich nicht in der Lage, die Tragweite richtig einzuschätzen, sonst wäre sie von sich aus tätig geworden. Ein grober Unterlassungsfehler. Zudem ist genau unter ihrer Ägide ein Teil der Daten vernichtet worden, die es jetzt zur besseren Aufklärung dringend gebraucht hätte. Eine saubere Aufarbeitung ist deshalb nur mittlerer einer PUK zielführend.

Es gilt, die Vorkommisse rund um den bekannt gewordene Datensicherheitsvorfall bei der Direktion der Justiz und des Innern sowie anderen Direktionen lückenlos aufzuklären. Das Team Fehr und Fehr selbst täten gut daran, Hand zu bieten, um hier schnellstmöglich Licht ins Dunkel zu bringen und so allfällige Vorkommisse wie nach Überlingen zu verhindern.

So geschehen nach dem Flugzeugzusammenstoß über dem Bodensee, der sich just vor 2 Tagen zum 21. Mai gejährt hat.

Da kamen nicht nur 71 Passagiere und Crewmitglieder ums Leben. Ein weiterer Todesfall – nämlich des dazumal zuständigen Fluglotsen – war im Anschluss als Folge von Selbstjustiz eines Vaters zu beklagen.

Genau so etwas wäre theoretisch auch möglich, wenn die Koordinaten von Strafuntersuchungsbehörden plötzlich einfach frei zugänglich sind. Frei zugänglich für Leute, die allenfalls Rachegelüste hegen, weil sie von ebendiesen Strafuntersuchungsbehörden und juristischen Instanzen allenfalls ihrer Freiheit beraubt oder anderweitig juristisch belangt wurden.

Die potenzielle Möglichkeit, auf offener Strasse oder an seinem Wohnort einfach exekutiert zu werden, ruft aus SVP-Sicht zwingend und dringend nach einer PUK. Es ist der SVP zu verdanken, dass sie mit ihrer Interpellation dazu den Weg geebnet hat. Die SP-Justizdirektorin, Frau Fehr, ist hier nach wie vor in der Verantwortung, auch wenn die Angelegenheit

Damit das Vertrauen wiederhergestellt werden kann, müssen wir wissen, wer den Vorfall zu verantworten hat, ob seitens Regierung zweckmässig, zeitnah und rechtmässig auf den Datensicherheitsvorfall reagiert und angemessen darüber informiert wurde. Ebenso müssen wir wissen, welche Massnahmen sich aus dem Vorfall ableiten lassen, um solche Inkompetenzen und Fehlleistungen künftig vermeiden zu können. Ganz offensichtlich wollte eine Mehrheit aus SVP, FDP und GLP die Verantwortung übernehmen und schickte eine PUK auf den Weg, um solche Vorfälle künftig vermeiden zu können und allenfalls Menschenleben zu schützen.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

«Gesunde Jugend Jetzt!»: SVP prüft Unterstützung

Der Bedarf an Leistungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Kanton Zürich nimmt zu. Die SVP des Kantons Zürich erkennt den Handlungsbedarf an und lobt die vorausschauende Politik von Regierungsrätin Natalie Rickli, die bereits Massnahmen eingeleitet hat. Die SVP wird die Unterstützung der Volksinitiative «Gesunde Jugend Jetzt!» prüfen.

Es ist unbestritten, dass der Bedarf an psychiatrischen Versorgungsleistungen im Kanton Zürich seit einiger Zeit und nicht erst seit der Pandemie zunimmt. Besonders betroffen macht der starke Anstieg bei den kinder- und jugendpsychiatrischen Leistungen. Die SVP des Kantons Zürich erkennt die vorausschauende Politik von Regierungsrätin Natalie Rickli, die bereits weitreichende Massnahmen zur Verbesserung der Versorgungssituation getroffen hat, die auch bereits Wirkung zeigen.

SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli bereits stark engagiert

Die am 24. Februar 2023 eingereichte Volksinitiative möchte die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen verbessern und präventive Massnahmen ausbauen. Die Initianten unterstreichen die Dringlichkeit des Problems und beschuldigen die Politik der Untätigkeit. Als politisches Novum beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, gemäss gestriger Medienmitteilung, dieser Volksinitiative zuzustimmen.

Die Vorfürfe, der Regierungsrat sei untätig und handle nicht auf wissenschaftlicher Grundlage, treffen allerdings nicht zu. Der Regierungsrat hat die Wichtigkeit dieses Themas schon seit Längerem erkannt und in der letzten Legislatur einen Schwerpunkt ge-

setzt. Diverse Regierungsratsbeschlüsse zeugen vom Engagement von SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Studienlage. Auch etliche Vorstösse im Kantonsrat sind zu nennen. Die wesentlichen Forderungen der Initianten sind heute bereits erfüllt.

SVP anerkennt Handlungsbedarf

Die SVP des Kantons Zürich anerkennt den Bedarf an psychiatrisch-psychotherapeutischen Behandlungen durch Fachpersonen und Institutionen im Kanton Zürich und den somit notwendigen Versorgungsleistungen. Der Forderung nach medizinisch notwendigen Behandlungen innert spätestens vier Wochen kann aber realistisch gesehen kaum entsprochen werden. Dies ist auch nicht nötig, zumal nicht in allen Fällen eine psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung notwendig ist und Notfälle schon heute unmittelbar behandelt werden können.

Die SVP des Kantons Zürich befürwortet den weiteren und gezielten Ausbau von Präventionsmassnahmen und entsprechenden Angeboten zur nachhaltigen und wirkungsvollen Bekämpfung des Problems. Die SVP des Kantons Zürich wird deshalb die Unterstützung der Volksinitiative «Gesunde Jugend Jetzt!» wohlwollend prüfen.

 Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

SVP SEKTION WINTERTHUR-SEEN

Berichte aus dem Bundeshaus in Winterthur Seen



Informatives Zusammensein in Winterthur Seen. V.l.n.r. Präsident Jan Ehrbar, KR Martin Hübscher, NR Alfred Heer, NR Therese Schläpfer und NR Thomas Matter.

SVP ZÜRICH 6

Mitgliederversammlung mit illustren Gästen

Am 27. Juni 2023 fand die jährliche Mitgliederversammlung der SVP Kreis 6 Stadt Zürich statt. Neben zahlreichen Mitgliedern durften wir auch einige Gäste begrüssen, so Nationalrat Mauro Tuena, Kantsrat Christoph Marty, Schulpflegerin Béatrice Gasser und unseren Überraschungsgast, Dr. Nina Fehr Düs. Neben den üblichen Traktanden bekamen wir interessante Vorträge von unseren Mandatsträgern zu hören. Nationalrat Mauro Tuena sprach über die Waffenausfuhr und Themen des Sexualstrafrechts. Kantsrat Christoph Marty besprach die Klimapolitik und all die Fragen rund um den Flughafen und die Pistenverlängerung. Gemeinderat Walter Anken erzählte von den rund 30 teilweise völlig unsinnigen Klimavorstössen, die in den letzten zwei Jahren im linken Gemeinderat behandelt und

durchgewunken wurden. Unsere Schulpflegerin Béatrice Gasser brachte vor, dass die politische Neutralität an Schulen durch Partei- und Wahlwerbung immer wieder verletzt werde. Zunehmende Bürokratie und Probleme bei der Integration ausländischer Schüler sind Dauerthemen.

Gegen Ende der Sitzung hat uns Nina Fehr Düs, die Herbst für den Nationalrat im kandidiert, einen sehr interessanten Vortrag gehalten über die steigende Kriminalität und die Chancen, welche regelmäßig die Stadt Zürich verwüsten und dabei noch straffrei davonkommen. Zum Glück konnte die Sperrung von Spuren an der Bellavistestrasse durch den Kanton verhindert werden. Das Verkehrschaos wäre vorprogrammiert gewesen, so Frau Fehr Düs.

Bild: ZVG

Am 21. Juni 2023 kamen in geselliger Runde und bei schönstem Wetter viele interessierte Zuhörer in das Restaurant Rössli in Seen, wo uns die Nationalräte Alfred Heer, Therese Schläpfer und Thomas Matter aktuelle Informationen aus Bundesbern berichteten. Der Sessionsrückblick gab alles andere als Anlass zu Freude.

Was uns da die drei SVP-Vertreter in Bern lebhaft berichteten, lässt sogar

mir sämtliche grauen Haare ausfallen. Kein Einhalt der uferlosen Masseneinwanderung, Aufgabe unserer immerwährenden, bewaffneten Neutralität, Vernichtung unseres Werkplatzes Schweiz durch eine weltfremde Energiestrategie, welche so nie aufgehen kann, und schliesslich der Kniefall vor der EU und Nato. Grauenhaft. Wenn wir das alles und die Selbstaufgabe unserer souveränen Schweiz irgendwie

verhindern wollen, gibt es im Herbst 2023 nur eines!

Liste 1 SVP und Nationalrat Gregor Rutz in den Ständerat wählen, damit wir auch in Zukunft selbstbestimmt in einer eigenständigen Schweiz leben dürfen.

René Isler
Kantsrat SVP und
Vize Präsident Sektion Seen

SVP BEZIRK MEILEN

Mit Schwung in die Wahlen

Über hundert Mitglieder und Gäste der SVP des Bezirks Meilen feierten einen Grillabend auf dem Schlattgut in Herrliberg. Dabei wechselten sich heitere Einlagen und ernste politische Themen ab.

Es war eine glückliche Idee der Bezirkspartei, den Wahlaufakt in herrlicher Umgebung hoch über dem Zürichsee zu veranstalten. Der Andrang war entsprechend gross und alle Plätze bald besetzt. Unterhaltsam gestaltete sich die Befragung der Kandidaten für das eidgenössische Parlament durch den Kabarettisten Peter Pfändler, sodass kein Moment Langeweile aufkam. Pfändler hatte die Lacher auf seiner Seite, als er erzählte, dass seine Kinder wegen einer jungen gender-gerechten Thurgauer Lehrerin statt eines Schneemanns nur noch eine «Schneeperson» bauen durften. Nationalrat und Ständeratskandidat Gregor Rutz, von Pfändler zu einem «in der Politik untypischen knappen, prägnanten Votum» aufgefordert, erwähnte schlagfertig: «Ich bin mich von zu Hause an eine kurze Redezeit gewohnt.»

Rutz führte aus, dass mittlerweile sogar die EU gemerkt habe, dass sie das Asylchaos angesichts der gemeinsamen Schengen-Aussengrenzen nicht mehr bewältigt. Nur in der Schweiz hätten die Verantwortlichen das Gefühl, sie könnten das Problem noch immer irgendwie administrieren. Dabei komme alle zehn Minuten ein Immigrant in unser Land, der dies eigentlich nicht dürfte, also eine Straftat begehe – was aber in keiner Weise geahndet werde. Unsere Asylgesetzgebung sei ausgerichtet auf eine ganz andere Situation, nämlich, dass an Leib und Leben gefährzte Menschen aus der Nachbarschaft an unsere Türe klopfen. Heute aber geht es laut Gregor Rutz um eine globale Wirtschaftsmigration, die mit dem klassischen Asylwesen nichts zu tun hat und welche die Schweiz in jeder Beziehung total überfordert.

Als Peter Pfändler dem Meilemer Nationalrat Thomas Matter vorhielt, er sehe ihn im Fernsehen kaum je lächeln, erwiderte der Angesprochene: «Ich möchte Dich lächeln sehen, wenn Du mit Jacqueline Badran diskutieren musst.» Matter warnte nachdrücklich vor einer Zehn-Millionen-Schweiz: Die Wohnungsnot bestehe nicht wegen der gestiegenen Ansprüche der hiesigen Bevölkerung, sondern wegen der Zuwanderung. Auch das Gesundheits- und Bildungssystem leide unter dem unkontrollierten Ansturm, und der Fachkräftemangel sei ein Spiel ohne Grenzen, da es immer mehr Fachkräfte brauche, um die Zugewanderten zu verwalten,

zu pflegen, zu unterrichten, zu verpflegen usw. Nur jeder zweite Zuwanderer gehe einer Beschäftigung nach, und auch dieser zunehmend in Teilzeit. So kämen laut Matter auch unsere Infrastrukturen, unser Strombedarf, die Grünflächen, die Klimaziele, überhaupt unsere Lebensqualität unter die Räder. Um eine Zehn-Millionen-Schweiz zu verhindern, werde die SVP demnächst ihre «Nachhaltigkeits-Initiative» einreichen.

Die Küsnachter Nationalratskandidatin Nina Fehr Düs, promovierte Unternehmensjuristin und Mutter zweier Kinder, äusserte sich besorgt über die zunehmende Kriminalität, die vor allem die Ausländer betreffe. Sie forderte nachdrücklich mehr Polizeipräsenz, gerade im Interesse der Sicherheit der Frauen. Was die Jugendkriminalität betreffe, muss man sich Anpassungen des Jugendstrafrechts überlegen. Wenn ein junger Mann im Alter von annähernd achtzehn Jahren einen Mord begehe – so erklärte Nina Fehr Düs –, müsse eine Freiheitsstrafe möglich sein.

Domenik Ledergerber, Gastgeber des Abends, Nationalratskandidat, Kantsrat und SVP-Kantonalparteipräsident, äusserte sich kritisch über die zuneh-

mende Verdrängung der produzierenden Landwirtschaft; immer mehr würden Direktzahlungen für die Landschaftspflege ausgerichtet. Statt über gesunde und vor allem genügend Lebensmittel, diskutierte die Politik ernsthaft über die Massenschlachtung unserer Kühe im Dienst einer abseitigen Klima-Ideologie. Zudem werde die Landwirtschaft, wie auch das Gewerbe, mit immer mehr Formularen und bürokratischen Auflagen zugedeckt, was viel Zeit in Anspruch nehme und sich natürlich negativ auf die Produktpreise und damit die Konkurrenzfähigkeit auswirke.

Am wechselhaft nassen und trockenen Sommerabend wurde grilliert und bis in die späte Nacht angeregt diskutiert und gefeiert. Schade nur, dass wegen der vorhergesagten Gewitter und der damit beschränkten Platzzahl etliche Absagen an Interessierte für diesen erfolgreichen Wahlaufakt der SVP-Bezirkspartei Meilen erteilt werden mussten.

Theres Weber-Gachnang,
Alt-Kantsrätin SVP,
Uetikon am See



Sorgten für angeregte Diskussionen. V.l.n.r. NR Thomas Matter, NR Gregor Rutz, KR Nina Fehr Düs und KR Domenik Ledergerber.



40. Kantonale SVP-Schiessen 2023

SCHIESSANLAGE: Feldschützengesellschaft Fischenthal
8497 Fischenthal

ORGANISATION: OK SVP Schiessen 2023 und Feldschützengesellschaft

SCHIESSZEITEN: Freitag, 15. September 18.00–20.00 Uhr (Vorschiesse)

Freitag, 22. September 18.00–20.00 Uhr

Samstag, 23. September 9.00–12.00 Uhr

13.30–17.00 Uhr

Sonntag, 24. September 9.00–12.00 Uhr

SONNTAG, 24. SEPTEMBER 13.30 UHR

Absenden mit Nationalrat Benjamin Fischer und Nationalrat und Ständeratskandidat Gregor Rutz. Musikalische Unterhaltung.

Weitere Informationen und das Anmeldeformular für Gruppen, finden Sie auf unserer Website: svp-oberland.ch

SVP ZOLLIKON

Standortbestimmung in Zollikon



Ihre Referate lieferten frische Erkenntnisse. V.l.n.r. Hans-Ulrich Bigler, Gewerbeverein Zollikon-Präsident Roman Ribi und NR Gregor Rutz.

Bild: ZVG

Bei sommerlich warmen Temperaturen zog der Höck der SVP Zollikon in der «Kantine am Eggä» zahlreiche Leute aus Zollikon und anderen Seegemeinden an. Man war am Zustand der grössten Schweizer Partei sowie an den Ausführungen des Zolliker Ständeratskandidaten Gregor Rutz interessiert.

In seinem Vortrag thematisierte Gregor Rutz die bevorstehenden Wahlen und betonte die Notwendigkeit der Mobilisierung. Er ermutigte die Anwesenden, sich aktiv einzusetzen, da man durch persönliches Engagement viel erreichen könne. Als Beispiel dafür führte er die Aufhebung einer Spur bei der Bellerivestrasse an, die dank eines Referendums abgeschafft wurde.

Gregor Rutz erwähnte auch die gerade beendete Sommersession und zählte mit einem Augenzwinkern die lächerlichsten Vorstösse auf. Eine SP-Nationalrätin forderte beispielsweise vom Bundesrat ein Konzept zur grundsätz-

lichen Arbeitszeitreduzierung, während ihre grüne Ratskollegin aus Genf Warnhinweise auf jeder Werbung für Autos sowie ein schweizweites Verbot von Privatjet-Flügen und Geländewagen forderte. SP-Gesundheitspolitiker Hans Stöckli sprach sich für eine verstärkte Prävention von Adipositas aus und wollte diese als nicht übertragbare Krankheit anerkennen lassen.

Generell würden zu viele Vorstösse eingereicht, wodurch erhebliche Kosten entstünden. Im Durchschnitt belaufe sich der Preis eines einzelnen Vorstosses auf 7000 Franken. Ein Grund für dieses Problem sei, dass viele Linke die Politik hauptberuflich betrieben, während die Bürgerlichen in der Regel einer Arbeit nachgingen und insbesondere im Gewerbe aktiv seien. Linke Ratsmitglieder würden mit ihren Vorstösse viel Bürokratie auslösen. So entstünde für die Bürgerlichen ein wesentlicher Nachteil.

Albert Rösti erhielt Anerkennung für seine intelligente und durchsetzungstarke Politik als Bundesrat. Insbesondere sein Einsatz für sechsspurige Autobahnen und seine Ablehnung neuer Konzessionen bei der SRG liessen hoffen.

Weniger hoffen lasse Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, die sich weigerte, Grenzkontrollen wieder einzuführen, und die Schweiz mit Zuwanderern überschwemmen lasse. Dass politisch Verfolgte aufgenommen werden sollten, während Flüchtlinge ohne Fluchtgrund zurückgeschickt werden sollten, sei in der Bevölkerung unbestritten. Einzig die Politik halte sich nicht daran. Selbst abgelehnte Asylbewerber würden in der Regel nicht abgeschoben.

Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Gewerbeverbands, sprach über die zunehmenden Regulierungen und Verbote, die das Gewerbe belasten. Er betonte die wichtige Rolle des Gewerbes, insbesondere für die Ausbildung neuer Lehrlinge. Bigler äusserte auch seine Bedenken über die Personenfreizügigkeit und betonte, dass diese zu stark auf die EU ausgerichtet sei. Personen aus Indien, China und anderen Ländern hätten Schwierigkeiten, in die Schweiz zu kommen.

Der Höck in Zollikon bot nicht nur informative Vorträge und politische Diskussionen, sondern auch gute Gespräche und ein köstliches Essen in der Kantine am Eggä. Die Teilnehmer wurden motiviert, sich für ihre Überzeugungen einzusetzen und an den bevorstehenden Wahlen aktiv teilzunehmen. Es war eine gelungene Veranstaltung, die Gemeinschaft und politisches Engagement vereinte.

Régis Ecklin, Vizepräsident SVP Zollikon

UNGEWISSE ZUKUNFT

Ist Jacqueline Fehr bald weg?



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Von Regierungsrätin Jacqueline Fehr, kann man halten, was man will, aber an dieser schillernden Figur führt in der SP des Kantons Zürich und auch im Regierungsrat kein Weg vorbei. Umso überraschender ihre kürzliche Aussage im Kantonsrat während der PUK-Debatte: «Untersuchen Sie rasch, sonst kann

es sein, dass ich nicht mehr im Amt bin...»

Ist Frau Fehr amtsmüde, ausgebrannt, von der aktuellen PUK mehr betroffen, ja angeschlagen, als öffentlich bekannt wurde? Fruchten die unzähligen, politischen Rücktrittsforderungen oder hegt Jacqueline Fehr gar grosse Pläne? Im Dezember 2023 sind Bundesratswahlen.

Spekuliert die SP-Magistratin auf den SP-Sitz von Alain Berset? In der SP Kanton Zürich dürfte dazu der grösste Schub von den JUSO kommen. Wird Ständerat Daniel Jositsch also ein weiteres Mal von einer SP-Frau, dieses Mal auch noch aus dem eigenen Kanton Zürich, abge-

hängt und förmlich deklassiert? Natürlich sollte der Wirtschaftskanton Zürich möglichst rasch wieder im Bundesrat vertreten sein. Aber im Falle der ultra-linken, JUSO-nahen Politikerin bestehen doch grosse Zweifel.

Die Geschichte lehrt uns zudem: Ein PUK-Präsidium kann zwar als Sprungbrett für die politische Karriere dienen. Dies gilt jedoch kaum, wenn man Ziel der Untersuchung ist.

Vielleicht geht Regierungsrätin Fehr ja den gleichen Pfad wie die ehemalige Zürcher SP-Stadträtin Claudia Nielsen. Es darf in den Sommerferien 2023 spekuliert werden.

ab 9.00 Uhr: 1. August Buure-Brunch
Preise: Erwachsene CHF 32 und Kinder bis 15 Jahren CHF 1 pro Altersjahr
9.30 - 10.30 Uhr: Unterhaltung durch die Lützelsee Musikanten
10.30 Uhr: Ansprache Christoph Blocher
11.15 Uhr: Kurzansprache Ständerätin Esther Friedli
Ausklang mit Festwirtschaft bis ca. 13.00 Uhr

BLINDER ZEITGEIST

Massenhysterie



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Das sogenannte «Klimaschutz-Gesetz» wurde leider angenommen. Alle Parteien, mit Ausnahme der SVP, und sämtliche Tagesmedien (abgesehen von der NZZ, die aber viel zu spät Geigensteuer gab) haben sich für ein Ja eingesetzt. Nicht nur die Gegner, auch alle Befürworter haben aber ganz genau gewusst, dass diese Klima-Strategie die Menschen ärmer macht und zudem ihr Ziel nicht erreichen wird. Solche Massenbewegungen, bei denen die grosse Mehrheit in die falsche Richtung marschiert, hat es in der Geschichte immer wieder gegeben. Nicht nur die Dummen, auch die Wissenschaftler, die Richter und Juristen, die Ärzte liegen in die falsche Richtung. Wohin das führen kann, zeigt die aktuelle Forderung in Irland, wo zur Klima-Rettung 200 000 Kühe geschlachtet werden sollen.

Obendrein wird eine Technologie im Wettbewerb um die bessere Lösung ausgeschaltet: In der CO₂-freien Kernenergie hat China die einst führende Schweizer Forschung längst abgehängt, weil hierzulande Technologieverbote herrschen. Dabei weiß jeder: Selbst wenn wir die ganze Schweiz mit all ihren Menschen, Tieren, Autos und Heizungen ins Weltall schiessen würden und deshalb hierzulande eine absolut CO₂-freie Zone herrschen würde, wäre der Einfluss aufs Klima absolut zu vernachlässigen.

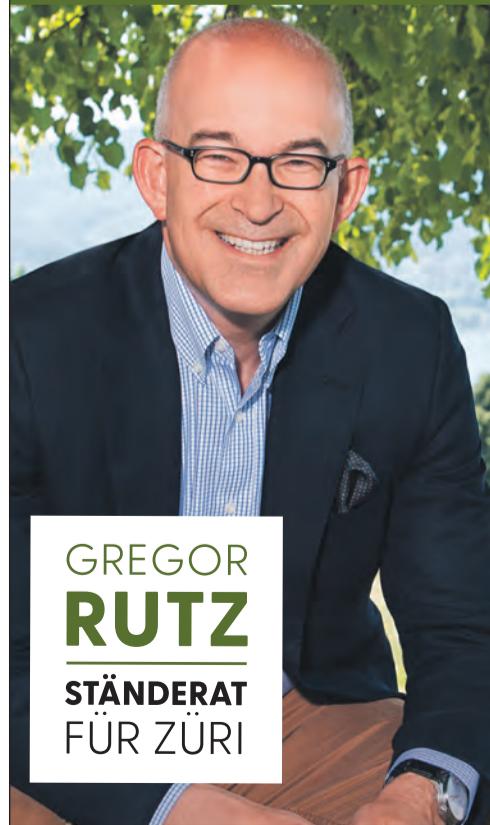
Obendrein wird eine Technologie im Wettbewerb um die bessere Lösung ausgeschaltet: In der CO₂-freien Kernenergie hat China die einst führende Schweizer Forschung längst abgehängt, weil hierzulande Technologieverbote herrschen. Dabei weiß jeder: Selbst wenn wir die ganze Schweiz mit all ihren Menschen, Tieren, Autos und Heizungen ins Weltall schiessen würden und deshalb hierzulande eine absolut CO₂-freie Zone herrschen würde, wäre der Einfluss aufs Klima absolut zu vernachlässigen.



Immer wieder erliegt der Einzelne dem Druck der Masse und des Zeitgeistes. Das Resultat ist selten gut.

Bild: Pixabay.

Niemand fragt, Politiker antworten – was läuft hier falsch?



GREGOR
RUTZ
STÄNDERAT
FÜR ZÜRI

Feierabend-Bier mit Ständeratskandidat Gregor Rutz sowie den Nationalratskandidaten



Martin Hübscher
Kantonsrat SVP
Fraktionspräsident



Yasmine Bourgeois
Gemeinderätin FDP



Matthias Baumberger
alt Gemeinderat Mitte

Donnerstag, 13. Juli 2023, 19.30 Uhr

Restaurant Rössli, Rössligasse 7, 8405 Winterthur-Seen

Alle sind herzlich willkommen!
Getränke und ein Imbiss sind offeriert.

svp-winterthur.ch
Die Partei des Mittelstandes

Die Mitte
Die Liberalen

Eintritt frei · Anmeldung für Brunch erforderlich

1. AUGUSTFEIER
auf dem Ricken (8726 Ricken)
Dienstag, 1. August 2023

ab 9.00 Uhr: 1. August Buure-Brunch

Preise: Erwachsene CHF 32 und Kinder bis 15 Jahren CHF 1 pro Altersjahr

9.30 - 10.30 Uhr: Unterhaltung durch die Lützelsee Musikanten

10.30 Uhr: Ansprache Christoph Blocher

11.15 Uhr: Kurzansprache Ständerätin Esther Friedli

Ausklang mit Festwirtschaft bis ca. 13.00 Uhr

Ansprache alt Bundesrat Christoph Blocher:
«Sinn der Bundesfeier»

Kurzansprache Ständerätin Esther Friedli

Jetzt anmelden!

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt.
Bitte melden Sie sich an unter
hofer.hansueli@gmail.com,
Telefon 079 215 98 45 oder auf
www.svp-toggenburg.ch



es lädt ein: SVP Wattwil



Parkplätze werden zugewiesen

Fadegrad

von
Samuel Balsiger

Die Migrationsbombe tickt

Gemäss den Kartellmedien «demonstrieren» Jugendliche in Frankreich gegen «Polizeigewalt» und für Chancengleichheit. In Wahrheit bricht unser Nachbarland unter der Last der falschen Migrationspolitik zusammen. Die Politik der offenen Grenzen mündet in bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Der französische Staat hat die Kontrolle in den arabisch dominierten Vorstädten längst verloren. Zum Beispiel schrieb die Luzerner Zeitung im Oktober 2020: «Jugendbanden machen in der Banlieue Jagd auf Polizisten». Wir können nur erahnen, wie gefährlich die Polizeiarbeit in diesen verlorenen Gebieten ist. Die Polizei und die ansässige französische Bevölkerung müssen für die Politik der Gutmenschen blutig die Köpfe hinhalten. Es sind Szenen vom Zusammenbruch der Gesellschaft. In den letzten Tagen haben arabischstämmige Jugendliche Stadtteile im ganzen Land verwüstet. Es sieht aus wie in Kriegsgebieten. Die Migranten brennen Gebäude nieder, plündern Geschäfte, brechen mit gestohlenen Autos die Türen von Einkaufszentren auf. Insgesamt haben sie bereits 700 Geschäfte zerstört. 40000 Polizisten versuchen, Einhalt zu gebieten. Ausgangspunkt war die Erschissung eines 17-jährigen Jugendlichen algerischer Abstammung bei einer Polizeikontrolle. Er hatte bereits 15 Fälle in seiner Gerichtsakte. Es ging unter anderem um den Verkauf von Drogen und Hehlerei. Der Jugendliche war ohne Führerschein in einem Mercedes mit polnischem Kennzeichen unterwegs. Nach einer zwanzigminütigen Verfolgungsjagd widersetzte er sich der Polizeikontrolle. Dabei schoss der Polizist auf ihn. Die Hintergründe sind noch nicht vollständig geklärt. Es ist darum richtig, dass der Polizist in Untersuchungshaft sitzt. Die Polizei muss trotz widrigsten Umständen höchsten Anforderungen gerecht werden.

Die Politik, die Frankreich an den Rand des Bürgerkriegs bringt, betreibt Mitte-Links bei uns. Offene Grenzen und Masseneinbürgerungen von nicht integrationsfähigen Migranten «bereichern» auch die Schweiz. Was Mitte-Links in der Ausländerpolitik betreibt, ist brandgefährlich. Das Asylwesen ist in einem miserablen Zustand und die Asylzahlen sind erschreckend hoch. Frankreich ist ein abschreckendes Beispiel, wohin die Politik der offenen Grenzen führt. In Lausanne gibt es bereits die ersten Krawalle. Am 22. Oktober 2023 finden die nationalen Wahlen statt. An diesem Tag können wir die tickende Migrationsbombe in der Schweiz entschärfen! Dafür müssen aber alle mithelfen. Es geht um nichts weniger als um die Zukunft der Schweiz.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Schulhäuser: Es wird geklotzt statt investiert

Hardturm Areal, Schulhaus-Wahn und Velo-Gugus: Die Stadt Zürich wird überall umgepflegt, und zwar in rotgrüner Manier. Die Wischi-Waschi-Parteien der Mitte machen das möglich.

Jean-Marc Jung
Gemeinderat SVP
Zürich

Kennen Sie das Hardturm-Stadion? Die Älteren unter Ihnen sicher, die Jüngeren eher nicht. Ausser vielleicht GC-Fans und andere aufgeklärte Bürger. Zwei Mal haben die Stimmbürger dem Stadion-Projekt inklusiv Wohntürmen, Genossenschaftsbauten und Ladenflächen zugestimmt, Stimmrechtsbeschwerden wurden zurückgewiesen. Man könnte meinen, jetzt gehe es vorwärts. Aber nun ist eine Uferschutzinitiative aufgetaucht, die einen gewissen Abstand von Hochbauten zum Flussufer verlangt. Gefährdet dieses das ganze Projekt? Der Stadtrat hat einen Gegenvorschlag erarbeitet.

Droht entsprechend eine dritte Stadioninitiative? Die Rechtsunsicherheit ist wieder da. Klima-Aktivisten, Hausbesetzer und anderes Volk, das keine Steuern zahlt, haben sich auf der Brache niedergelassen. Die Stadt Zürich wollte dort zusätzlich eine Unterkunft für 320 Asylanten aus dem Boden stampfen, für 17 Millionen Franken. Das störte aber das Quartier. Es kam zu einer Beschwerde, denn das Quartier ist bereits durch das Bundesasylzentrum (BAZ) stark belastet. Zum Glück konnte so diese Sauerei gestoppt werden. Ein SVP-Postulat forderte nun,

dass der Stadtrat zu prüfen hat, wie die Besetzung der Hardturmbrache durch militante Linksextremisten schnellstmöglich und dauerhaft unterbunden werden kann. Für die Räumung solle nebst einem grossen Aufgebot der Stadtpolizei auch die Kantonspolizei beigezogen werden. An der Gemeinderatssitzung fand sich das nötige Quorum nicht, darüber dringlich sprechen zu können. Die Ratsmehrheit hatte keine Lust dazu.

Zürich-Finish auch beim Schulhausbau

Das Schulhaus Brunnenhof nahe Bucheggplatz wird für über CHF 82 Mio. für 15 Sekundarklassen ausgebaut. Nun stand ein weiterer Ausbau dieses Schulhauses auf der Traktandenliste für weitere sechs Klassen, für CHF 35 Mio. Der völlig übererte Zürich-Finish geht nun weiter. Wir waren dagegen, Rotgrün dafür. Nebst dem Wunsch, möglichst viele Steuergelder zu verschleudern, ist es auch die Tagesschule, welche nun in ganz Zürich eingeführt wird, die alles viel teurer macht. Der Lebensraum Schule und die Übertherapierung der Schüler verlangen neue Raumkonzepte mit vielen Nebenzimmern für allerlei Spezialbetreuung. So bilden jeweils drei Klassenzimmer zusammen mit zwei Gruppenräumen und einem Aufenthaltsraum sowie den dazugehörigen Toiletten einen Cluster.

So wird räumlich der Unterricht mit der Betreuung, die in der Tagesschule ganztags stattfindet, verbunden. Grup-

penräume sind so zu bauen, dass die Lehrperson die Kinder vom Klassenzimmer aus beobachten und akustisch wahrnehmen kann. Es ist eine historische Koinzidenz, dass just heutzutage die Tagesschulen eingeführt werden, wenn ein Investitionsstau im Schul-

hausbau abgebaut werden muss. Die vielen Schulhauspavillons müssen auch abgetragen werden, sagen die Linken. Und dies bei stets wachsenden Schülerzahlen. Woher die vielen, genug qualifizierten Lehrer kommen sollen, bleibt unklar.



Klassisches Zürcher Schulhaus. Damals noch ohne Firlifranz und Gugus-Betreuungszimmer à gogo.

Bild: ZVG

RATSBERICHT WINTERTHUR

Biometrische Gesichtserkennung muss die Ausnahme bleiben

Die Ratssitzungen der vergangenen zwei Wochen standen im Zeichen von diversen Tätigkeitsberichten, der Jahresrechnung und einer Fraktionserklärung seitens der SP zum Thema Mindestlohn, die den Bürgerlichen vorwarf, schlechte Verlierer zu sein. Die SVP hat im Stadtparlament zusätzlich eine Behördeninitiative miteingereicht, welche grundsätzlich ein Verbot der biometrischen Gesichtserkennung vorsieht, aber Ausnahmen zulässt.

Zu Beginn gab es seitens der SP eine Fraktionserklärung zur – aus bürgerlicher Sicht – verlorenen Abstimmung zur Mindestlohninitiative vom 18. Juni. Da die Handelskammer Rekurs angekündigt hatte, wurden in der Fraktionserklärung die Bürgerlichen als schlechte Verlierer hingestellt. Nun frage ich mich wohl zurecht, wer denn nun eigentlich ein schlechter Verlierer ist. Schliesslich wurde die eidgenössische Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» vom 18. Mai 2014 von allen Ständen verworfen und mit 76,3 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Dass ein Mindestlohn nun auf städtischer Ebene, gerade wenn es die Städte Winterthur und Zürich betrifft, angenommen wird, verwundert gar nicht. Ganz à la auf Schleichwegen durch die Hintertür.

Den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle 2022/23 nahm die SVP zustimmend zur Kenntnis. Die Tätigkeit der Finanzkontrolle ist höchst anspruchsvoll und es ist sehr hilfreich, wenn die Finanzkontrolle feststellt, dass wenigstens die Verbuchung der Geschäfte korrekt ist. Sie rapportiert über die finanziellen weiteren Tätigkeiten der Verwaltung. Für die SVP heisst das jedoch nicht, dass der Stadtrat tut, was er ihres Erachtens sollte, aber zumindest läuft die Verwaltung finanziell ordentlich.

Bewährte Ombudsstelle

Auch den Jahresbericht der Ombudsstelle nahm die SVP zustimmend zur Kenntnis. Für die SVP ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Tätigkeit des Staates die wahrscheinlich wichtigste Grundlage für das Funktionieren unserer Demokratie. Die erste Anlaufstelle für Unstimmigkeiten zwis-

schen der Verwaltung und dem Bürger ist die Ombudsstelle. Als Vermittlerin kann sie verhindern, dass sich Bürgerinnen und Bürger vom Staat abwenden und zu Querulanten werden. Sie kann dem Bürger erklären, warum die Verwaltung so handelt, wie sie es tut, und sie kann der Verwaltung erklären, warum der Bürger das manchmal nicht versteht. In Winterthur ist dieses Modell seit 30 Jahren erfolgreich, die Zahl der Fälle spricht für die Existenzberechtigung der Ombudsstelle.

Den Bericht zum Postulat «Biodiversitätskorridore» nahm die SVP negativ zur Kenntnis. Landwirtschaft soll auf Grünraumpflege reduziert werden. Die Hauptaufgabe der Landwirtschaft ist das Bereitstellen von Nahrungsmitteln. Dass dabei die Bäuerinnen und Bauern ihre Lebensgrundlage schützen, ist selbstverständlich. Das Aufzwingen anderer Aufgaben empfinden wir von der SVP als Geringschätzung der Arbeits- und Lebensleistung der Landwirte.

Biometrische Gesichtserkennung nur in Ausnahmefällen

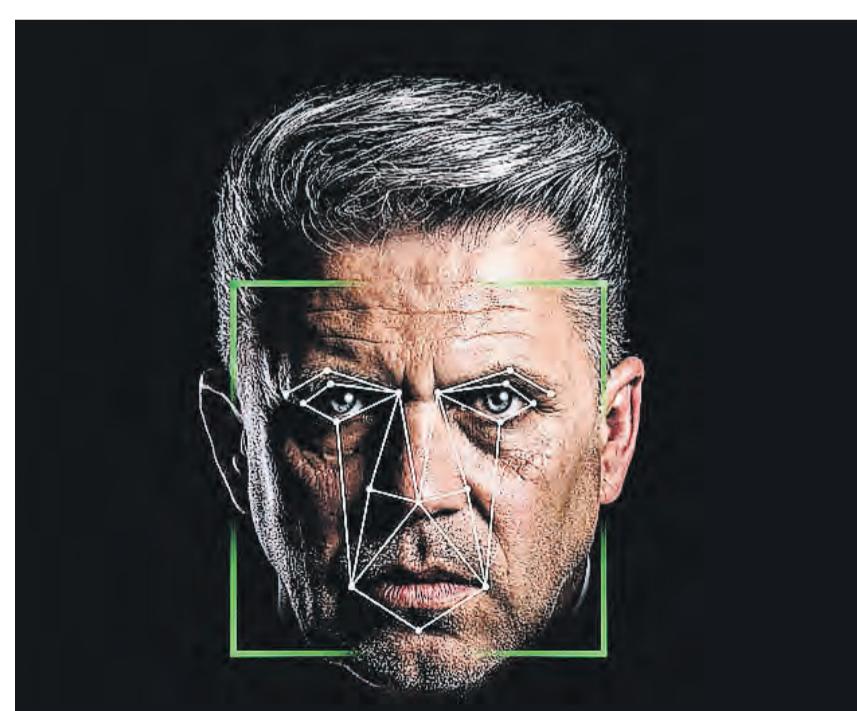
An der folgenden Ratssitzung vom 3. Juli stand eine Behördeninitiative der SVP im Zentrum. Freiheit und Sicherheit sind Grundwerte der SVP, die gemäss Umfragen von der Bevölkerung breit mitgetragen werden. Es braucht also beides. Sicherheit in einer Diktatur oder Freiheit in Angst bieten kein attraktives Leben. Doch leider ist das Leben nicht schwarz oder weiß. Massnahmen, um Sicherheit sicherzustellen, schränken in der Regel die Freiheit ein. Oder anders gesagt: mit Sicherheit weniger Freiheit.

Und so müssen wir uns damit auseinandersetzen, dass ein potenzielles Sicherheitsmittel – die biometrische Ge-

terabwägung zwischen Freiheit und Sicherheit fällt nicht leicht. Im konkreten Fall der biometrischen Gesichtserkennung kommt die SVP Winterthur zum Schluss, dass ein gutes Sicherheitsniveau auch mit weniger einschränkenden Mitteln zu erreichen ist. Mit einer gut ausgebildeten und bestandesmäßig ausreichenden Polizei kann die Sicherheit im notwendigen Rahmen garantiert werden. Sofern die politische Führung dies zulässt.

Der Behördeninitiative haben mit Ausnahme der GLP und der AL alle Fraktionen zugestimmt. Die GLP macht bürokratische Argumente geltend, die AL störte sich daran, dass unbewilligte Demonstrationen – der AL liebster Spielplatz – weiterhin überwacht werden dürfen.

Maria Wegelin, Stadtparlamentarierin, und Christian Hartmann, Fraktionspräsident SVP



Die biometrische Gesichtserkennung birgt ein grosses Missbrauchspotenzial.

Bild: Pxfuel

GEFÄHRDETE SOUVERÄNITÄT

WHO-Vertrag: antideokratisch, unschweizerisch, verfassungsfeindlich

Wieder einmal sind Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Gefahr – diesmal durch die Neuverhandlung des WHO-Vertrags, dessen Neufassung bis 2024 umgesetzt sein soll.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon

Der Internationale Vertrag zur Pandemieprävention und -vorsorge ist ein geplantes internationales Abkommen über eine koordinierte Vorgehensweise der Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation WHO bei Pandemien zur Prävention, Vorsorge und Reaktion. Das tönt alles relativ harmlos, ist es aber mitnichten.

WHO mit weltumspannender Regierungsgewalt

Im Falle einer Pandemie soll nämlich künftig die Regierungsgewalt der Nationalstaaten an die UN-Gesundheitsorganisation WHO übertragen werden. Die Corona-Hysterie mag vorbei sein, doch der vergiftete Instrumentenkasen der Entdemokratisierung liegt nach wie vor auf dem Tisch. Bereits im März 2022 haben von der Öffentlichkeit praktisch unbemerkt die Verhandlungen zu diesem globalen WHO-Pandemievertrag begonnen. Läuft alles nach Plan, soll dieser bereits im Jahr 2024 abgeschlossen sein. Ein Vertrag, dessen Inhalt für Staaten und Bevölkerung mit gravierenden Folgen verknüpft sein könnte. In diesem Zusammenhang stellen sich viele sehr ernste Fragen: Soll zukünftig die WHO global verbindlich für alle Mitgliedstaaten über die Ausrufung von Pandemien allein entscheiden können und entsprechende Massnahmen wie z.B. Lockdowns und Schulschliessungen verhängen können? Wie soll zukünftig das Zusammenspiel von WHO und den Mitgliedstaaten aussehen?

Was hat das Volk zu sagen?

Sollte dieser globale Pandemievertrag tatsächlich abgeschlossen werden, wie ist sein Verhältnis zum nationalen Recht? Steht dieser über der Schweizer Verfassung mit der Folge, dass die Schweiz in ihrem Handlungsspielraum massiv eingeschränkt wäre? Welche Folgen hätte ein solcher Vertrag auf das



Das Krisenmanagement der WHO während der Corona-Pandemie ist umstritten.
Auf dem Bild: das WHO-Hauptquartier in Genf.

Bild: Wikipedia

föderalistische System der Schweiz? Wer vertritt bei diesem Vertrag die Interessen der Schweizer Bevölkerung? Welche Absichten verfolgt der Bundesrat bei diesen Verhandlungen? Ist die Stossrichtung eines globalen Vertrags tatsächlich der richtige Weg, in Anbetracht dessen, dass die WHO massgeblich Gelder von privaten Stiftungen erhält und die Unabhängigkeit der WHO nicht gewährleistet erscheint?

Wer über den Ausnahmezustand entscheidet, befiehlt

Die WHO nennt selbst den Vertrag ein «historisches» Abkommen zum Umgang mit künftigen Pandemien. 2022 sagte der umstrittene deutsche Gesundheitsminister Karl Lauterbach über den WHO-Vertrag: «Der Ausnahmezustand wird die Normalität sein.» Die WHO will nicht mehr nur – wie bisher – Empfehlungen an die Regierungen der Mitgliedstaaten abgeben, sondern Entscheidungen treffen, die als Gesetze gelten und sogar über der Verfassung stehen würden. Bundesrat Alain Berset sagte bereits 2022 bei der Eröffnung der WHO-Weltgesundheitsversammlung, Es ist höchste Zeit, dass das seltsame Gebaren der WHO auch in der Schweizer Politik erweitert werden muss.

man müsse die «Gesundheitsarchitektur» der WHO unterstützen, also den Pandemievertrag der WHO. Gut möglich, dass der scheidende Bundesrat eine führende Rolle bei der Abschaffung demokratischer Regeln in der WHO spielen wird.

Obligatorisches Staatsvertragsreferendum

Pro Schweiz hat sich intensiv mit diesem Vertrag beschäftigt. Die Organisation fordert den Bundesrat auf, eine unabhängige Untersuchung des WHO-Covid-Managements zu unterstützen. Die Information und die Mitbestimmung des Parlamentes und der zuständigen Kommissionen müssen intensiviert werden. Die Kompetenz zu Vertragsabschlüssen im WHO-Bereich kann und darf nicht mehr allein beim Bundesrat liegen. Und wohl die wichtigste Forderung: Der Bundesrat muss prüfen, ob im Zusammenhang mit der WHO-Politik das obligatorische Staatsvertragsreferendum erweitert werden muss.

Es ist höchste Zeit, dass das seltsame Gebaren der WHO auch in der Schweizer Politik endlich zum Thema wird!

LESERBRIEF

Pistenverlängerungen: Unsere Kommunikation muss sich ändern

Noch eine ganze Weile wird uns das Thema Pistenverlängerung stark beschäftigen. Unsere Kommunikation muss sich sofort ändern.

Dass der Flughafen Zürich ein enormer Wirtschaftsfaktor ist und dass die Linke gegen alles ist, was den Flugverkehr betrifft: geschenkt. Darüber hinaus gibt es aber Aspekte, in denen wir innerhalb der SVP keineswegs einer Meinung sind. Viele Gemeinden im Zürcher Oberland sind stark von Fluglärm betroffen. Nahezu täglich starten schlecht motorisierte, und darum unüblich tieffliegende Flugzeuge auch nach 23.00 Uhr von Piste 32. Entgegen aller Versprechungen in den vergangenen Jahren hat sich daran nie etwas geändert. Es kann plausibel argumentiert werden, dass die geplanten Pistenverlängerungen für eine höhere Sicherheit und weniger Verspätungen konzipiert sind. Das spricht aber keineswegs gegen das Argument, dass ein pünktlicher Flugverkehr auch mehr Flugbewegungen abwickeln kann. Beim Strassen- und Eisenbahnverkehr ist es nicht anders.

In der Region Oberland sind also die Meinungen keineswegs gemacht. Und es ist in vielen Ortssektionen nicht zu erwarten, dass es bezüglich der Pisten-

verlängerungen jemals zu einem innerparteilichen Konsens kommen wird.

Als Sektionspräsident von Niederglatt muss ich vehement darauf hinweisen, dass das Thema «Pistenverlängerung» geeignet ist, innerparteilichen Zwist zu streuen.

Die Art und Weise, wie wir als SVP die Debatte führen, wird mit absoluter Sicherheit beeinflussen, ob und wie viele Parteiaustritte wir in den nächsten Monaten zu verzeichnen haben werden. Ich rufe deshalb alle Leserbriefschreiber, Behördenmitglieder und übrigen Mandatsträger dazu auf, ihre öffentlich geäusserten Argumente sorgfältig zu formulieren und zu begründen. Seien Sie sich bewusst, dass der Fluglärm für eine substanzielle Minderheit unserer Mitglieder ein valides, begründbares Argument darstellt. Mit Polemik und halbgaren Argumenten gegen Fluglärm-Sorgen greifen Sie auch immer SVP-Mitglieder an!

Die betroffenen Ortssektionen sind auf Gedeih und Verderb auf eine sachliche Debatte angewiesen. Wir zählen auf euch alle!

Peter Ruoss,
Sektionspräsident SVP Niederglatt

LESERBRIEF

Die Opfer der Klimakleber gehen vergessen

Im «ZB» vom 30. Juni findet sich ein Artikel über den Klimaktivisten Vögtli, welcher sich beruflich auf Strassen klebt und privat fröhlich per Flugzeug in der Weltgeschichte herum düst. Mit Recht verlangt Frau Lothe, dass diesen Leuten die Polizeieinsätze in Rechnung gestellt werden.

Doch selbst wenn man dieses Geld einzahlen könnte, bliebe meine Empörung gross. Es ist mir unbegreiflich, dass man in einem Rechtsstaat nicht viel rigoroser und jeweils unverzüglich gegen Strassenblockaden vorgeht. Ich war selber einmal von einem solchen «Happening» betroffen und musste zähneknirschend einen Termin verfallen lassen.

All diese Blockadenopfer sind Leute, welche meist ebenfalls dringend irgendwohin sollten, und es ist doch eine bodenlose Frechheit, den Menschen ihr geplantes Tagwerk auf diese

Weise zu vermeisen oder zu verunmöglichen. Die Kosten für die Polizei sind das eine – weit grössere finanzielle Schäden und oft enorme Umliebe entstehen all den blockierten Leuten, deren Freiheit auf solch diese Art eingeschränkt wird. Als Gipfel der Arroganz wird der ganze Unfug dann noch als «gewaltfrei» bezeichnet, und das, was wir bis jetzt erlebt haben, heisst es, sei nur der Anfang gewesen. Unglaublich! Am meisten ärgern dürften sich absurdweise aber nicht einmal die SVP-Mitglieder, sondern jene anständigen Kämpfer fürs Klima, welche mit legalen Mitteln Gutes tun wollen. Sie haben längst erkannt, dass die Aktionen der Fanatiker nur eines sind, nämlich total kontraproduktiv – jetzt erst recht nach dem Ferienflügli von Max Vögtli.

Hans-Peter Köhli

GESINNUNGSTERROR

Vom Versuch, Gleichstellung herbeizuschreiben



Romaine Rogenmoser
Kantonsrätin SVP
Bülach

Kürzlich wurde die sonntägliche Idylle der Gleichstellungs-Truppe getrübt, denn in der Sonntagszeitung wurde eine noch nicht publizierte Studie der Uni Zürich zitiert, die so gar nicht zur gebetsmühlenartigen Leier der dauerdiskriminierten Frauen passte: Ein Grossteil der Akademikerinnen wolle lieber reich heiraten und sich um Kinder und Familie kümmern als Karriere zu machen. Der Skandal war gross, dass überhaupt gewagt wurde, darüber zu berichten. Über etwas, das ich Ihnen auch hätte sagen können, ohne eine gross angelegte Studie zu machen.

Verwechslung von Realität und Wunsch

Denn das Thema «Leaky Pipeline» ist in der Arbeitswelt längst bekannt und heisst nichts anderes, als dass die in jungen Jahren ehrgeizige weibliche Belegschaft irgendwann trotzdem freiwillig – und das ist der springende Punkt –

aus dem Erwerbsleben ausscheidet, um sich Kind statt Karriere zu widmen. Weshalb genau der Aufschrei so gross war, liegt natürlich auf der Hand: Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Das Narrativ der empörten Damen brach aber nicht etwa in sich zusammen, weil Diskriminierung oder erschwerete Bedingungen für Mütter für das freiwillige Ausscheiden verant-

wortlich wären, sondern weil die Studentinnen schlachtk keine Karriereambitionen haben.

Generell bevorzugen die gut ausgebildeten Damen einen älteren und erfolgreichen Partner, sodass man gerne auch Teilzeit arbeiten kann und dem Mann den Vollzeitjob überlässt. Das einzig Spannende an der Studie war, dass Frauen in Frauenfächern, also in

von Frauen dominierten Studiengängen, eher dem traditionellen Familienbild zugeneigt sind, Frauen in Männerfächern hingegen grössere Karriereambitionen hegen und deshalb die Drop-out-Rate, das «Herausfallen» aus dem Arbeitsprozess in männerdominierten Berufen kleiner ist. Aber jetzt mal unter uns: Das erstaunt ja auch nicht wirklich, oder?

Cancel-Versuch diesmal nicht erfolgreich

Die eigentliche Welle begann natürlich nach der Publikation dieser ungeheuerlichen Attacke auf die Gleichstellungs-politik. Die Druckertinte der Sonntagszeitung war vermutlich noch nicht trocken, da wurde schon zum Angriff geblasen. Die Empörungswelle wuchs sich zu einem veritablen Shitstorm gegen die Autorinnen aus. Als Erstes wurde – ein Klassiker – am Studiendesign herumgemäkelt. Alsdann wurde die Unileitung angehalten, den Damen mal gehörig den Kopf zu waschen und sie am Verbreiten von weiteren «Unwahrheiten» zu hindern. In den linken Medien wurde den Autorinnen dann unterstellt, sie zementieren traditionelle Rollenbilder und spielen so den Konser-vativen in die Hände. Dumm nur, dass

die Autorinnen – die Wirtschaftsprofessorin Margit Osterloh und die Soziologieprofessorin Katja Rost – just die ehemalige und die jetzige Präsidentin der universitären Gleichstellungs-kommission sind. Und nachdem den hysterischen Damen die Argumente gegen die Studie ausgegangen waren, wurde ganz einfach noch auf die Person geschossen, indem Aussagen der Professorinnen aus der Vergangenheit völlig aus dem Kontext gerissen werden.

Linker Gesinnungsterror

Das ganze Theater ist wohl der beste Beweis dafür, dass wir in einer Meinungs-diktatur gefangen sind – selbst die Wissenschaft wird der politischen Korrektheit zum Frass vorgeworfen, nur um sich selber das Mäntelchen des ethisch korrekten Handelns überwerfen zu können. Wann hört diese Tyrannie einer Minderheit endlich auf? Ich kann es Ihnen sagen: Erst, wenn der gesunde Menschenverstand wieder Oberhand gewinnt.

Bis dahin müssen wir uns mit gefühlten 2893 Geschlechtern herumschlagen, uns als Frauen in einer Opferrolle zuhören und uns einreden lassen, dass Leck-tücher die adäquate Lektüre für 12-Jährige sind.



Die Gleichstellungspolitik ist oft der Gegner der Gleichberechtigung. Bild: Pixabay

SVP DIGITAL



Teleblocher

Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.



In den Sümpfen von Bern

Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.



Weltwoche daily

Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.



SVP des Kantons Zürich

Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!



Wortwächsel

Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Stadt Zürich/Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich

Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Pfäffikon /Russikon

Freitag, 8. September 2023, 18.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Uster

Mittwoch, 16. August 2023, 19.00 Uhr, Wahlveranstaltung, Bereuter AG, Schützenstrasse 55, Volketswil, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

Bezirk Uster/Greifensee

Mittwoch, 4. Oktober 2023, 19.00 Uhr, Sessionsrückblick, Gasthof zur Krone, Schlossstrasse 4, Greifensee, mit Nationalrat Andreas Glarner.

Bezirk Uster/Maur

Montag, 17. Juli 2023, 19.00 Uhr, Wahlveranstaltung, Schulhaus Looren, Polterkeller, Forch, mit den Nationalräten Bruno Walliser und Benjamin Fischer sowie den Kantonsräten Nina Fehr Düsler und Anita Borer.

Junge SVP Kanton Zürich

Freitag, 7. Juli 2023, 19.00 Uhr, Besuch am Zürich-Fäscht, Treffpunkt Bahnhof Tiefenbrunnen, Zürich. Anmeldung an vontobel@jsvp-zh.ch.

Stadt Zürich/Kreis 11

Samstag, 15. Juli 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 25. August 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit alt Nationalrat Christoph Mörgeli. Thema: Es braucht mehr SVP in Bern!

Sonntag, 17. September 2023, 10.00 bis 14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern.

BUNDESFEIERN

Bezirk Affoltern/Bonstetten

Montag, 31. Juli 2023, 18.30 Uhr, Hof der Familie Weiss, Dachenmasstrasse 50, Bonstetten, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat

Dienstag, 1. August 2023, 21.00 Uhr, Limmatwiese Bonächer, Oetwil an der Limmat, mit Nationalrat Alfred Heer.

Bezirk Dietikon/Unterengstringen

Dienstag, 1. August 2023, 11.30 Uhr, Gut Sonnenberg, Unterengstringen, mit Kantonsrat André Bender.

Bezirk Hinwil/Seegräben

Dienstag, 1. August 2023, 13.00 Uhr, Wiese in Aathal, Seegräben, mit Nationalrat Alfred Heer.

Bezirk Uster/Egg

Dienstag, 1. August 2023, 12.15 Uhr, Chilbiplatz beim Bahnhof, Egg, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

Bezirk Uster/Mönchaltorf

Dienstag, 1. August 2023, 20.00 Uhr, Silbergrueb Pavillon, Silbergruebstrasse, Mönchaltorf, mit Kantonsrätin Anita Borer.

IMPRESSUM

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Zürcher Bauer

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. Insertionspreise: www.zbv.ch Zürcherbauer/inserate.aspx. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Layout: cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 11. Juli 2023, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Best Western Hotel Spiegarten, Lindenplatz 5, Zürich-Altstetten.

Donnerstag, 17. August 2023, 18.30 Uhr, Wahlaufakt der SVP des Kantons Zürich, weitere Informationen folgen.

Samstag, 26. August 2023, 10.30 – 14.30 Uhr, Wahlaufakt der SVP Schweiz, Swiss Life Arena, Vulkanstrasse 130, Zürich-Altstetten. Anmeldung unter www.svp.ch.

Freitag, 22. September 2023, bis Sonntag, 24. September 2023, SVP-Schiessen 2023, Vorschissen am Freitag, 15. September 2023, Schiessanlage Oberhof, Tössstrasse 448, Fischenthal. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oberland.ch/svp-schiessen-23.

Ständeratskandidat

Gregor Rutz
im Einsatz

Donnerstag, 13. Juli

19:30 Niemand fragt, Politiker antworten – was läuft hier falsch? Feierabend-Bier mit Gregor Rutz, Kantonsrat Martin Hübscher, GR Yasmine Bourgeois (FDP) und alt GR Matthias Baumberger (Mitte) Restaurant Rössli, Rössligasse 7, 8405 Winterthur-Seen

Dienstag, 1. August

11:00 Bundesfeier der Gemeinde Egg Festansprache von Gregor Rutz Chilbiplatz, 8132 Egg

17:00 Bundesfeier der Gemeinden Freienstein-Teufen und Rorbas Festansprache von Gregor Rutz Dorfplatz Teufen, Alte Landstrasse, 8428 Teufen

Sonntag, 13. August

11:30 Sommergrill in Küsnacht mit Gregor Rutz, Lilly Ott (Kand, GR), Nationalrat Thomas Matter, KR Nina Fehr Düsler und KR Domenik Ledergerber Seehof, Hornweg 28, 8700 Küsnacht

Mittwoch, 16. August

19:00 Einsatz für den Wirtschafts- und Werkplatz Zürich mit Gregor Rutz, Nationalrätin Regine Sauter (FDP) sowie den Nationalräten Bruno Walliser und Benjamin Fischer Bereuter Holding AG, Schützenstr. 55, 8604 Volketswil



JA

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen



> neutralitaet-ja.ch